



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 46

Das Blatt erscheint jeden Sonntagabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 12. November 1921

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 3 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden),
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

35. Jahrg.

Der Mensch ist das Maß aller Dinge.

Dieser Satz, den ein alter griechischer Weltweiser vor Jahrtausenden geprägt hat, will besagen, daß der Mensch der Mittelpunkt der Welt ist und die Krone der Schöpfung, daß er der Maßstab ist, an dem all unser Tun und Lassen gemessen werden soll. Des Menschen wegen ist die Erde geschaffen, so lautet der Weisheitspruch, und daß es dem Menschen wohlgehe, darauf muß unser Sinnen und Trachten gerichtet sein. Und der eine Mensch soll in dem andern Menschen ein Heiligtum erblicken, das er nicht verletzen darf, alle Erdenbewohner sollen verbunden sein durch die Sozialgerechtigkeit, die herrlicher strahlt als der Morgen- und Abendstern, und durch die werktätige Liebe, die uns fühlen läßt, wie lieb und verwandt der Mensch dem Menschen ist. Diese uralte Griechenweisheit, die der Kapitalismus verdunkelt und verwischt hat, beginnt erst in der Gegenwart wieder lebendig zu werden, im modernen Sozialismus feiert sie ihre Auferstehung, erstrebt sie ihre Verwirklichung. Auch im Christentum ist sie ausgelöscht worden, als das Dogma seine Herrschaft antrat, als das Wort den Geist besiegte, als der Glaubenswahn die Menschen opferte, damit die Geister geknebelt würden. Geist heute, da der Mensch das Gefühl für seine Würde wieder erlangt hat und um sein Menschstum kämpft, kommt das Wort des alten Weisen wieder zu Ehren.

Es ist die argentfällige Eigenschaft der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsweise, daß sie Sachen an die Stelle von Menschen gesetzt hat. Das Geld und der Besitz, das tote Kapital in all seinen Erscheinungsformen, der Erwerb materieller Dinge erfüllt die Köpfe und Herzen der Kapitalisten; der lebendige Mensch wird gering geschätzt. Um Reichtümer zu erwerben und aufzuhäufen, werden Millionen und abermals Millionen von Menschen auf dem Altar des Gözen Mammon geopfert; um den Geldsack zu füllen, wurden unentwidelte Menschenblüten gepflückt, wurden Mädchen und Frauen in ihrer Gesundheit geschädigt, wurden Männer und Greise durch harte Arbeit erbarmungslos zermürbt. Der Kapitalismus hat zweifellos hohe Leistungen aufzuweisen und große Werte geschaffen, aber er hat auch Raubbau getrieben mit Menschenkraft, Menschengesundheit und Menschenglück. Er hat eine Fülle herausgehenden Reichtums über die Menschen ausgeschüttet, zugleich aber hat er die große Masse des Volkes innerlich verödet und seelisch arm gemacht, indem er sie in der Unkultur zurückhielt und von all dem absperrte, was das Leben in Wirklichkeit erst gut, schön und lebenswert macht. Wirtschaftliche und seelische Verarmung der Unterschichten ist das Ergebnis der kapitalistischen Erwerbswirtschaft, sie ist die häßliche Rehrseite der glänzenden Medaille.

Allmählich macht sich in den Seelen der Proletarier eine Umwandlung bemerkbar, eine innere und äußere Ablehnung des Kapitalismus, eine Hinwendung zum menschenbefreienden Sozialismus. Zunächst noch rein gefühlsmäßig und triebhaft, dann aber geistesklar und willensstark. Im Proletariat ist das Bewußtsein der Menschenwürde lebendig geworden, der Hunger nach Wissen, Bildung und Kultur, ist erreicht, der Durst nach Freiheit und Selbstbestimmung brennt heiß und heißer, und über dem allen schwebt der feste, unbeugsame Wille, eine neue Welt zu bauen und sie mit einer neuen Menschheit zu bevölkern. Der Ekel vor der kapitalistischen Unkultur ergreift immer weitere Kreise, der rohe Genußmaterialismus wird als menschenunwürdig empfunden und das Streben nach edleren Freuden beherrscht in wachsendem Maße die Massen. Noch ist es allerdings erst eine dünne Schicht, die die Trägerin der neuen Kultur ist, aber unter der Oberfläche sind Kräfte am Werk, die Seelen- und Geisteskultur treiben, um die Menschen für das soziale Revue reif zu machen. Immer tiefer wird die Wahrheit des Bibelwortes erkannt: „Was nützte es dem

Menschen, wenn er die ganze Welt gewönne, aber Schaden litte an seiner Seele?“ Und immer deutlicher wird die Wahrheit erkannt, daß der Sozialismus in seinem inneren Kern Kultursozialismus und daß der Wirtschaftsozialismus die Vorbedingung dazu ist.

Besonders scharf zeigt sich diese Umwandlung auf dem Gebiete der menschlichen Arbeit, in den Arbeitsbetrieben. Hier hatte der Kapitalismus geradezu schauerhafte Verheerungen angerichtet. In seiner Gier nach Gewinn überannte er alle Schranken der Sittlichkeit und Menschlichkeit, weil er den Proletarier nicht als Menschen betrachtete, sondern lediglich als Ausbeutungsobjekt. Während der mittelalterliche Handwerksgehilfe mit seinem Meister in häuslicher Gemeinschaft lebte und mit ihm in kollegialer Weise verkehrte, tat sich zwischen dem Kapitalisten und seinem Lohnsklaven eine breite Kluft auf; während in den handwerksmäßigen Betrieben noch ein inneres, seelisches Verhältnis des Gesellen zu seinem Stück Arbeit bestand, wurde in den Großbetrieben der Arbeiter zum Teilstück einer Maschine, zu einem Mädchen im Automaten, so daß bei der zunehmenden Zerstückelung der Arbeit jeder innere Zusammenhang zwischen dem Arbeiter und seinem Arbeitsergebnis verloren ging. Der Fabrikpasha verachtete seine Sklaven, die er mit der Knute regierte, er heutete sie rücksichtslos aus bis aufs Blut. Von allen Kennern der Frühzeit des Kapitalismus wird zugegeben, daß das Unternehmertum um jener Zeit nicht die geringste Spur eines Mitgeföhls aufweist mit dem Elend der Massen. „Nirgends erscheint der egoistische Wille in seiner nackten Gemeinheit deutlicher“, schreibt der Berliner Professor Reinhold, ein gut kapitalistisch denkender Mensch, „als in der grausamen Härte, mit der der Kapitalist andere verhungern läßt, während er selbst im Ueberfluß sitzt. Er scheut das geringste Opfer, und tausend Menschenleben sind ihm keinen Pfennig wert. Raum für alle hat die Erde, dieses Dichterwort leuchtet dem unverbodenen Gemüt so unwiderstehlich ein, daß man gerade hier die Willkür und Härte der bestehenden Gesellschaftsordnung am deutlichsten erkennt. Weshalb müssen, wo überall so unermesslich viel Platz ist, Millionen in den Besthöhlen der großen Städte oder in den elenden Löchern auf dem Lande eingepfercht leben, während die Reichen in übergroßen Häusern prassen und viele Paläste leer stehen? Aber die im Glück Sitzenden denken nicht daran, wie dem Proletarier der Morgen heraufdämmert. Die Fabrikanten, die inmitten der Verwüstungen an Menschenleben und Menschstum ihre Wohnsitze haben, kennen keine Spur von Mitleid mit den Opfern des Systems.“ Diese scharfen Worte eines Nichtsozialisten, der aber ein ehrlicher Mann war, treffen den Nagel auf den Kopf. Die Kapitalisten sinnen lediglich auf ihre Vorteile und nehmen keine Rücksicht auf das Wohl und Wehe ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen; erst durch staatlichen Zwang und gewerkschaftliche Kämpfe konnten sie dazu gebracht werden, auf die Arbeiterschaft Rücksicht zu nehmen.

Betrachten wir uns das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Fragt der Kapitalist danach, ob der Arbeitslohn zu einem menschenwürdigen Dasein ausreicht, ob der Arbeiter mit seinem Einkommen auskommen kann? Es ist ihm ganz gleichgültig, wie der Arbeiter mit seiner Familie lebt; erst unter schweren Kämpfen hat die Arbeiterschaft eine allmähliche Erhöhung des Lohnes und eine Steigerung der Lebenshaltung durchzusetzen vermocht. Und noch heute reicht der Verdienst des Proletariats nicht zu einem menschenwürdigen Dasein. Dabei ist der moderne Arbeiter nicht mehr zufrieden mit seiner nackten Existenz, er will als Kulturmenschen leben und sich als Kulturmenschen betätigen können. Auch in bezug auf die Arbeitszeit beobachten wir die Selbstsucht und Rücksichtslosigkeit des Kapitalismus. Er hat den Arbeitstag verlängert, unbekümmert darum, ob der Arbeiter dabei zugrunde ging. Daneben hat er die Arbeitsintensität gesteigert, mochten auch Arbeiter und Arbeiterinnen unter der Arbeitslast zusammenbrechen, die auf ihre Schultern gelegt war. Dann

hat er die Frauen- und Kinderarbeit ins gewerbliche Leben eingeführt und dadurch der Menschheit unbeschreiblichen Schaden zugefügt und unersehbliche Werte vernichtet. Durch all dieses hat er Millionen von Menschen in körperliches, geistiges und sittliches Elend herabgedrückt. Obendrein begräbt er noch den Proletarier zu einem willenlosen Werkzeug, das seiner Laune und seiner Willkür widerstandslos ausgeliefert war.

Dieser kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft gegenüber betont der Klassen- und selbstbewußte Proletarier immer energischer sein Menschtum. Er erstrebt ein menschenwürdiges Dasein, das heißt, nicht nur eine ausreichende Deckung der materiellen Lebensbedingungen (Nahrung, Wohnung, Kleidung usw.), sondern auch der kulturellen Bedürfnisse. Darüber hinaus stellt er Ansprüche auf Achtung, Ehre und Menschenwürde, auf Freiheit und Gleichberechtigung, auf Selbstbestimmung, Mitbestimmungsrecht und soziale Gleichwertung. Er geht von dem Grundsatz aus, daß der Mensch nicht lebt, um zu arbeiten, sondern daß er arbeitet, um zu leben, daß der Arbeiter zuerst Mensch ist und dann erst Arbeiter, daß der Mensch höher steht als alle technischen Errungenschaften des Kapitalismus. Darum will er die Technik, die Lehre von der Arbeit, ergänzen durch die Psychotechnik, die Lehre vom arbeitenden Menschen. Die Psychotechnik sucht zu ermitteln, wie die Arbeit auf den Menschen wirkt, welchen Einfluß eine lange und intensive Tätigkeit auf die Gesundheit und das seelische Wohlbefinden des Arbeiters und der Arbeiterin ausübt. Ihre Ergebnisse sollen dazu dienen, die uralte Forderung zu verwirklichen, daß der Mensch zu seinem Recht kommt, daß er nicht mehr Arbeitsklave bleiben, daß er seine Persönlichkeit werden soll. Der große deutsche Philosoph Kant hat gesagt, daß der Mensch Selbstzweck sei, und daß es ein Verbrechen am Menschen bedeute, wenn man ihn als Mittel zum Zweck mißbrauche. Der Kapitalismus hat diese Verbrechen begangen, indem er die Arbeitermassen dazu benutzte, Reichum und Luxus zu schaffen, von dem sie selbst ausgeschlossen waren. Dagegen empört sich das Selbstbewußtsein des modernen Proletariats. Im Proletariat lebt der starke Wille, den Menschen in den Mittelpunkt der Welt zu stellen, um den sich alle Dinge drehen. Der Mensch soll das Maß aller Dinge werden, das ist der Kerngedanke der sozialistischen Bewegung.

Verbandsbeitrag und Teuerung.

Die meisten Gewerkschaftsverbände sind zurzeit dabei, die Beiträge und die Unterstützungssätze den veränderten Verhältnissen anzupassen. Unter der herrschenden Teuerung leiden nicht nur Einzelpersonen und Familien, sondern auch die Gemeinden, sonstige Körperschaften und Organisationen, wie zum Beispiel unsere Gewerkschaften. Die Gewerkschaften haben eine ununterbrochene Lohnbewegung zu führen, um nur einigermaßen das Einkommen der Mitglieder auf eine der Teuerung angepasste Höhe zu bringen. Das geht nicht immer ohne Lohnkämpfe ab, das beweisen die gewaltigen Summen, die zur Unterstützung der kämpfenden Mitglieder hauptsächlich in den letzten zwei Jahren ausgegeben werden mußten. Dabei stehen die Unterstützungen im Kampfe infolge des sinkenden Geldwertes nicht mehr auf der Höhe und in keinem Verhältnis zur Preissteigerung. Unter diesen Umständen ist es aber auch dringende Pflicht der Gewerkschaften, rechtzeitig Fürsorge zu treffen, um die Einnahmen zu erhöhen, damit nicht einmal wegen Mangel an Mitteln ihre Aktionkraft unterbunden wird.

So läßt jetzt der Deutsche Holzarbeiterverband durch Abstimmung die Mitglieder darüber entscheiden, ob der Beitrag bei im allgemeinen gleich bleibenden Unterstützungssätzen in den einzelnen Klassen 8, 7, 6, 5 und 4 M. betragen soll.

Auch der Zentralverband der Steinarbeiter und der Deutsche Kürschnerverband lassen die Mitglieder durch Abstimmung über die beizutragenden höheren Beiträge entscheiden. Für die Steinarbeiter sind Beitragssätze von 2 bis 7 M. vorgeschlagen.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat in einer vom Vorstand anberaumten Konferenz beschlossen, die ordentlichen Wochenbeiträge in den bestehenden 4 Bei-

tragsklassen auf 4, 3, 2 und — 80 M. zu erhöhen, ohne eine besondere Erhöhung der Unterstützungssätze vorzunehmen. Der Deutsche Bauarbeiterverband hatte bekanntlich seit Juli dieses Jahres 13 Wochen hindurch einen außerordentlichen Beitrag erhoben. Vor kurzem hat eine Urabstimmung über die fernere Beitragsregelung stattgefunden. Dem Ergebnis der Urabstimmung entsprechend, wird der außerordentliche Beitrag zur anderweitigen Festsetzung durch den Verbandstag weiter erhoben. Die Beiträge entsprechen in jedem Falle einem Stundenverdienst.

Der Metallarbeiterverband nahm eine Regelung der Beiträge auf seinem Jenaer Verbandstag im September vor.

Im Buchdruckerverband wurde der bisher erhobene Extrabeitrag von 1 M. auf 3 M. pro Woche ab 1. Oktober erhöht, so daß jedes Mitglied von da an 3 M. Extrabeitrag und 4,50 M. ordentlichen Verbandsbeitrag, zusammen also 7,50 M. pro Woche, zu entrichten hat. Hierzu kommen noch die teils ganz beträchtlichen Beiträge für die Gau-, Bezirks- und Ortsklassen. In Berlin zum Beispiel zahlen die Buchdrucker 10 M. Wochenbeitrag.

Im Verband der graphischen Hilfsarbeiter hat der Verbandsvorstand unter Zustimmung des Verbandsbeirats die Beiträge ab 40. Beitragswoche wie folgt festgesetzt: bis 100 M. Wochenlohn 2 M., über 100 bis 150 M. Wochenlohn 2,50 M., über 150 bis 225 M. Wochenlohn 3 M., über 225 M. Wochenlohn 4 M.

Im Gärtnerverband hat auf Anregung aus der Organisation über Beitragserhöhung Hauptvorstand mit Beirat den Mindestbeitrag auf 80% des Stundenlohnes festgesetzt und drei neue Beitragsklassen beschlossen mit 5 M., 5,50 M. und 6 M. Wochenbeitrag.

Der Glaserverband hat durch Urabstimmung Staffelbeiträge eingeführt von 3, 4 und 5 M. pro Woche ab 1. Oktober.

Im Tabakarbeiterverband findet im November eine Urabstimmung statt über die Einführung von zwei neuen Klassen mit höheren Beiträgen und Unterstützungen für die Mitglieder mit mehr als 300 M. Wochenlohn. Auch die Verbände der Fabrikarbeiter, Brauerei- und Mühlenarbeiter und Böttcher sind zur Zeit damit beschäftigt, Beitragsreformen durchzuführen.

In unserm Verband ist im April eine Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungssätze erfolgt. Es ist einleuchtend, daß unsere Hauptklasse mit den abzuliefernden Beiträgen nicht mehr auskommen kann, die Preise für das zu liefernde Verbandsmaterial, Zeitungen, Porto usw. sind seit dem Frühjahr ganz gewaltig in die Höhe gestiegen und steigen in erheblichem Maße weiter. Auch die Besoldung der angestellten Kollegen erfordert größere Ausgaben als bisher. Deshalb wird sich auch unser Beirat auf seiner demnächst stattfindenden Sitzung mit der Frage der Beitragserhöhung zu befassen haben.

Bewerkschafter, unterstützt den Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion!

Der Genossenschaftsgedanke hat im Laufe der Jahre erfreulicherweise auch in den Gewerkschaftskreisen immer tiefer Wurzeln geschlagen, und demnach kann das vorliegende Ergebnis nicht demjenigen befriedigen, der eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nur dann für möglich hält, wenn an Stelle der bisherigen regellosen Profitwirtschaft die gemeinnützige Bedarfsdeckungswirtschaft zur vorherrschenden Wirtschaftsform geworden ist.

In der Vorkriegszeit haben sich wiederholt die deutschen Arbeiterparlamente mit Konsumgenossenschaftsfragen beschäftigt. Erwähnenswert sind insbesondere der Sönder Gewerkschafts-Kongress 1905 und der Hamburger Gewerkschaftskongress 1908. Der letztere unterrichtete noch einmal den Beschluß von 1905: „daß jedes Gewerkschaftsmitglied verpflichtet sei, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch seinen Beitritt zu den Konsumvereinen durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen auf tatkräftigste zu unterstützen usw.“ Die erfreuliche Aufwärtsentwicklung spricht dafür, daß dieser Appell nicht ohne Wirkung blieb, wie folgende Gegenüberstellung aus der Entwicklungsgeschichte des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ergibt:

Jahr	Mitglieder	Beschäftigte	Gesamtumsatz	Eigenproduktion
1905	718 332	9 587	230 555 260	20 878 598
1910	1 169 723	18 743	429 391 261	64 856 248
1914	1 705 022	30 144	691 404 552	129 255 651
1920	2 724 704	40 498	4 233 188 535	560 907 353

Erstt man diesem gegenüber im Vergleich, daß inzwischen die Zahl der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsverband beteiligten Gewerkschaftsmitglieder auf etwa 8 Millionen angewachsen ist, so erscheint die Zahl der im Zentralverband deutscher Konsumvereine beteiligten Mitglieder von etwa 3 Millionen verhältnismäßig gering. Die britische Arbeiterchaft hat schon jetzt einen und in erheblich größerem Maße den Wert und die Bedeutung der Konsumgenossenschaftsbewegung erkannt, verfaßt die englische und die schottische Groß-einkaufsgesellschaft über nicht weniger als 151 eigene Fabriken und umfangreichen Kolonialbesitz in fast allen Erdteilen. Trotz der erheblich geringeren deutschen Genossenschaftserfolge fordert erneut die deutsche Arbeiterchaft ihre Standesgenossen zum Kampf um gegen die anschließende Konsumvereinebewegung. Bereits ein Viertel der deutschen Bevölkerung ist Konsumgenossenschaftlich organisiert. Konsumvereine und ihre Abteilungen müssen mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpft werden. Denkschrift Kampfsplan, rüfte sich zur Gegenwehr.

Die Konsumvereine werden augenblicklich unter den Schutz der Reichsregierung durch die Kapitalbeschaffung und den im Angelegenheiten gewählten Geschäftsunterstützungen, wehren sich gegen Konsumvereine und sonstige Widerstände unserer Standes!

Kollegen! Denkt an Eure Zukunft und die Eurer Kinder! Laßt kein Mittel unberührt, Euren Besitz zu erhalten! — Das heißt auf gut Deutsch: „Verfügtiges Volk, rüttelt nicht an dem vermeintlichen Recht der Krämmer, sich auf Kosten der Verbraucher zu bereichern.“ — Im trassen Widerspruch zu dem Kampfruf der sich bekränzt fühlenden Krämmerseelen stehen wir in der Zeitschrift „Die Menschheit“ einen Artikel, heisst: „Die Entente und wir“, in welchem der Herr v. German, Legationsrat a. D., schreibt: „Schließt Euch doch endlich zusammen, Ihr deutschen Werktätigen, in Eurer Eigerenschaft als Verbraucher! Tragt als in Massen organisierter Verbraucher in Eurer Genossenschaftsläden die Millionen und Milliarden, die Ihr bei Beihntausenden von Krämmern unnütz verzeittelt! Sorgt in Euren rein demokratischen Konsumgenossenschaften dafür, daß ihre Eigenproduktion mit doppelter und dreifacher Beschleunigung emporsteigt! In den auf der Grundlage des organisierten Verbrauchs rasch entstehenden Genossenschaftsfabriken werdet Ihr die systematische Ordnung, die denkbar vollkommenste Organisation in die eigene Hand nehmen.“ Praktische Beispiele des genossenschaftlichen Wollens und Könnens lieferten uns bereits der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Groß-einkaufsgesellschaft Deutsche Konsumvereine m. B. O. Hamburg, die mit ihren mehr als 1300 angeschlossenen Genossenschaften jetzt schon Milliardenumsätze erzielen und gemeinwirtschaftlich im großen Waren erzeugen. Um Größeres zu erreichen, dazu gehört: Der Entschluß der vielen zum einmütigen Handeln! Der Wille zur Tat ist vorhanden, die Pläne zum weiteren Ausbau der Eigenproduktion liegen vor. Die steigende Geldwertung erfordert hierfür gewaltige Mittel. Die Ausdehnung der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung und Verteilung liegt im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften!

Zur Aufbringung der notwendigen Mittel hat die Groß-einkaufsgesellschaft eine Obligationenleihe aufgelegt in Form von Zeilschuldverschreibungen, die in Stückeln von 500, 1000, 5000 und 10 000 M. bei einer Verzinsung von 5 1/2 %, herausgegeben werden. Prospekt sind in allen Konsumvereinen des Zentralverbandes zu haben, oder einzufordern von der Groß-einkaufsgesellschaft Deutsche Konsumvereine m. B. O., Hamburg, Besenbinderhof 55.

Gewerkschafter! Liefert Eure verfügbaren Gelder nicht dem Profitkapital aus, sondern stellt diese Eurer eigenen Genossenschaftszentrale für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung. Beweist durch die Tat, daß Ihr ernstlich gewillt seid, den praktischen Sozialismus zu fördern!

Protest der deutschen Arbeitnehmerorganisationen gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Ohne Rücksicht auf die feierliche Willenserklärung der Bevölkerung, ohne Beachtung zwingender Vorschriften des Versailler Vertrages, ohne jede Erwägung darüber, wie Deutschland die würgende Last der Reparationsverpflichtungen künftighin tragen kann, haben Völkerverbund und Hauptmächte der Entente das Unrecht der Teilung Oberschlesiens beschlossen. Gegen diese Entscheidung erhebt die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer durch ihre Spitzenorganisationen vor aller Welt scharfsten Protest. Sie erblicken in diesem, dem deutschen Volke ohne jede Anhöhrung aufgegebenen Beschluß eine Vergewaltigung und einen Rechtsbruch schlimmster Art, eine Handlung, die außerdem in scharfstem Widerspruch mit dem wie feierlich verkündeten Zweck des Völkerverbundes (friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten) steht. Gegen ihren ausdrücklichen Willen, gegen Geist und Sinn des Gedankens vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sollen Hunderttausende deutscher Volksgenossen einem Staate überantwortet werden, der kulturell, sozial und wirtschaftlich rückständig ist.

Das in Deutschland gepflegte und gesetzlich festgelegte Koalitionsrecht der Arbeitnehmer ist in Polen nicht gewährleistet. Rechtlos und hilflos sind unsere Volksgenossen dem Mißbrauch der politischen Gewalt durch die Behörden preisgegeben.

Während das deutsche Wirtschaftsleben schon nach den ersten Versuchen zur Erfüllung der Reparationslasten schweren Erschütterungen ausgesetzt ist, werden ihm wertvolle, unentbehrliche Teile zu Unrecht entzogen.

Die deutsche Arbeiterchaft hat wiederholt ihren ehrlichen Willen zur Mitarbeit an den Pflichten der Reparation bekundet. Dieser Wille wird durch die Genfer Entscheidung glatt zertrümmert. Es gewinnt den Anschein, als solle die Reparation verhindert werden, um dann gegen Deutschland mit neuen Zwangsmaßnahmen vorgehen zu können.

13 Millionen deutscher Arbeitnehmer sprechen hiermit den gegen ihren Willen uns entzogenen Oberschleslern ihr innigstes Mitgefühl aus. Wir werden nie aufhören, Euch als Volksgenossen zu betrachten, und werden nie erlauben, zu betonen, daß wir die Zerstückung Oberschlesiens, die entgegen dem einwandfrei festgestellten Mehrheitswillen der beteiligten Bevölkerung entgegen Verstand und Gerechtigkeit erfolgt ist, als brennendes Unrecht betrachten.

Wir appellieren an das Gewissen der ganzen Kulturwelt in der festen Zuversicht, daß mit Hilfe aller ehrlichen Menschen im Geiste der Völkervereinigung auch das Recht auf unsere ober-schlesischen Volksgenossen Anwendung findet.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsverband und Allgemeiner freier Angehörtenverband. Deutscher Gewerkschaftsverband. Deutscher Gewerkschaftsring. Deutscher Beamtenverband.

Die Gewerkschaften der Welt.

Die August-Nummer der „Internationalen Arbeiter-Zeitung“, der Monatschrift des Internationalen Arbeiters, enthält einige bemerkenswerte Zahlen, die die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 anzeigen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachforschungen, die die Gewerkschaften den Regierungen ihrer Länder machten oder die in gewerkschaftlichen oder anderen Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und zuverlässig sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften genügen mußten. Alle derartigen Schätzungen sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, die die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 30 Ländern für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Argentinien	—	476 000	750 000
Australien	498 000	628 000	684 000
Belgien	200 000	2 715 000	920 000
Bulgarien	80 000	86 000	86 000
Dänemark	152 000	880 000	400 000
Deutschland	4 518 000	11 900 000	13 000 000
Finnland	28 000	41 000	59 000
Frankreich	1 027 000	2 500 000	2 500 000
Griechenland	—	170 000	170 000
Indien	—	500 000	500 000
Italien	972 000	1 800 000	1 100 000
Japan	—	247 000	247 000
Kanada	176 000	378 000	874 000
Niederlande	189 000	457 000	688 000
Neuseeland	72 000	88 000	88 000
Norwegen	64 000	144 000	142 000
Oesterreich	260 000	808 000	880 000
Polen	—	2 350 000	2 947 000
Portugal	—	100 000	100 000
Rumänien (altes Gebiet)	10 000	75 000	90 000
Rußland	—	3 389 000	5 220 000
Serbien	9 000	20 000	20 000
Südafrika	5 000	60 000	60 000
Spanien	—	876 000	876 000
Schweden	136 000	388 000	400 000
Schweiz	295 000	2 200 000	292 000
Tschechoslowakei	—	1 801 000	2 000 000
Ungarn	2 115 000	212 000	243 000
Großbritannien-Irland	4 173 000	8 024 000	8 024 000
Verem. Staat. v. Amerika	2 722 000	5 807 000	5 179 000
Zusammen (30 Länder)	16 152 000	42 040 000	48 029 000

* Angaben nicht vorhanden. * Schätzungen. * Zahlen für 1919.

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 oder 80 % auf europäische Länder entfallen. Von den 7 979 000 außereuropäischen Mitgliedern trafen 5 985 000 auf Nordamerika. Man kann auch eine stark ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten; 6 Länder, nämlich Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien, zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 33 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, während es in den andern 24 Ländern deren nur 8 1/2 Millionen gab. Die 4 großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich, weisen zusammen 28 Millionen Mitglieder auf, das sind 66 % der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Artikel in der erwähnten Zeitschrift gibt auch einen Ueberblick über die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern, und in den meisten Fällen werden überdies die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften beschrieben.

Lohnbewegungen.

Aus Düsseldorf wird berichtet, daß zwischen dem Vertreter der Interessengemeinschaft für das Malergewerbe der Städte München-Gladbach, Rheyn, Biersen, Dülken und Neuß einerseits und den Vertretern der Gehilfenverbände andererseits, am 20. Oktober Lohnverhandlungen stattfanden. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein Angebot einer Lohnerhöhung von 1,10 M. auf alle bestehenden Stundenlöhne vom 21. Oktober 1921 an.

Zu diesem Angebot nahm eine am 24. Oktober in München-Gladbach stattgefundene Konferenz unserer Verbandskollegen aus den interessierten Städten Stellung. Die Konferenz beschloß, um eine weitere Verzögerung der notwendigen Lohnerhöhung zu verhindern, den Kollegen das Angebot von 1,10 M. zur Annahme zu empfehlen.

Der Mindeststundenlohn beträgt demnach vom 21. Oktober an:
Für Gehilfen über 20 Jahre..... 8,75 M.
unter 20 Jahren..... 8,25 M.
In Neuß je 30 M. mehr.

Aus unserm Beruf.

Bremen. Die Filialverwaltung teilt uns mit: In den Nummern 44 und 45 unseres „Vereins-Anzeiger“ werden von der Firma A. G. Monsee's 100 Maler, 20 Lackierer und 20 Spachtler gesucht. Diese Annonce ist mit Genehmigung unserer Filialverwaltung aufgenommen; denn zu der Zeit war in Bremen Mangel an Arbeitkräften. Die Firma Monsee's hat die Maler- und Lackiererarbeiten in der Waggon-Reparatur der hiesigen sowie der Begeister Werft übernommen, und um diese Arbeiten handelt es sich. Da nun auch außerdem noch im „Arbeitsmarkt“ annonciert wird, ist es erklärlich, daß jetzt viele Kollegen nach Bremen kommen, zumal auf Antrage von der Firma versprochen wird, daß Logis am Orte zu haben sei. Durch Akkordarbeit wird den Kollegen ein hoher Verdienst zugesichert. Wir machen darauf aufmerksam, daß Wohnungen und Logis in Bremen sehr schwer zu haben sind, und daß Akkordarbeit laut örtlicher Abmachungen verboten ist. Die Firma kann also ihre Versprechungen gar nicht halten, ohne die örtlichen Bestimmungen zu verletzen. Auch würden sich Kollegen, die trotzdem in Akkord arbeiten, bei

Leistungsschuldig machen. In den letzten Tagen hat sich aber herausgestellt, daß die Firma keinen Bedarf an Arbeitskräften mehr hat; denn seit dem 30. Oktober hat sie ein Plakat an ihrer Tür, daß keine Gehilfen mehr eingestellt werden. Auch hat sie auf dem hiesigen Nachweis keine Beute mehr bestellt. Wir geben allen Kollegen, die auf die oben angeführten Anzeigen reaktivieren, bekannt, daß in nächster Zeit in Bremen arbeitslose Kollegen in genügender Zahl vorhanden sein werden, um den Bedarf dieser Firma zu decken. Wenn die Kollegen vor Enttäuschungen gewahrt sein wollen, so können wir nur rufen: Bremen zu meiden oder vorher bei unserer Geschäftsstelle in Bremen, Gewerkschaftshaus, anzufragen.

Lackierer.

Dresden. Die Vereinbarung vom 17. Juli 1921 zwischen der Firma Heinrich Gläser, Inhaber Emil Heuer, vertreten durch den Verband der Metallindustriellen, und der Arbeiterschaft der Firma Gläser, vertreten durch die Organisationen der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Maler und Sattler, erhält vom 1. November dieses Jahres an folgende Fassung:

§ 4. Die Mindestlöhne betragen:

Vom 1. bis 30. November 1921.

Im Alter von 17 bis 19 Jahren	Gelernte	Angelernte	Ungelernte
" " " 19 " 21 "	7,00 M.	6,40 M.	6,10 M.
" " " 21 " 24 "	7,80 "	7,00 "	6,40 "
" " " über 24 Jahre	8,50 "	8,00 "	7,20 "

Vom 1. Dezember 1921 bis 15. Januar 1922.

Im Alter von 17 bis 19 Jahren	Gelernte	Angelernte	Ungelernte
" " " 19 " 21 "	7,75 M.	7,15 M.	6,85 M.
" " " 21 " 24 "	8,35 "	7,75 "	7,15 "
" " " über 24 Jahre	9,25 "	8,45 "	7,45 "

Damit ist vom 1. November an eine Lohnerhöhung von 2,00 M. und vom 1. Dezember an eine weitere von 75 Pf. eingetreten.

Eingefandt.

Mit dem Eingefandt des Kollegen Adam in Nr. 39 kann wohl ein jeder einverstanden sein. Nur bezweifle ich, ob die Ferienfrage bei der jetzigen Beratung des Arbeiter- und Angestelltengesetzes in der gewünschten Weise erledigt wird. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß dieser Punkt im neuen Tarif eingehend behandelt und durchgeführt wird. Nach unserm jetzigen Tarif hätte diese Sache schon längst geregelt sein müssen. Wir wollen deshalb nicht warten, bis ein dementsprechendes Gesetz in Kraft tritt, sondern wollen immer vorarbeiten. Für die Tarifverhandlungen hätte ich nun einen ähnlichen Vorschlag wie der Kollege Adam. Jeder Kollege erhält eine sogenannte Ferienkarte, ohne die er keine Beschäftigung erhält; auf diese Karte wird monatlich, sondern wöchentlich abgestempelt oder eine Marke gelebt. Diese Karte gilt vom 1. Mai bis zum 30. April des nächsten Jahres. Ferien sind in der Zeit vom Mai bis zum Oktober zu nehmen. Für je 4 gearbeitete Wochen wird ein Ferientag gewährt. Es wird auf diese Weise ein jeder Kollege in den Genuß von Ferien kommen. Auf eine Beschäftigungsdauer am Orte dürfen wir uns nicht festlegen, es muß heißen „im Berufe“. Die Vergütung für die Ferien wird durch Umlageverfahren gedeckt. Jeder Arbeitgeber hat für jeden beschäftigten Gehilfen pro Woche einen doppelten Stundenlohn an die Innung abzuführen. Nimmt nun ein Gehilfe seine Ferien, so geht er mit seiner Karte zum Obermeister und erhält dort sein Geld. Die Karte bleibt während dieser Zeit beim Obermeister liegen, damit eine Kontrolle da ist; denn ohne Karte darf eben kein Berufskollege beschäftigt werden. Ich glaube, dieser Vorschlag ist nicht ganz von der Hand zu weisen; denn, solange wir gesetzlich keine Ferien bekommen, müssen wir uns eben selbst darum kümmern, und die Meister werden sich an dieses Umlageverfahren auch gewöhnen müssen; es sind eben Betriebskosten, die mit eingerechnet werden müssen. Aber ein Anfang muß unbedingt gemacht werden. Sollte die Zeit von 4 Wochen zu einem Tage Ferien etwas zu kurz sein, was ich aber sehr bezweifle, so könnten ja vielleicht im ersten und zweiten Jahre 5 oder 6 Wochen als Einheit für einen Tag angenommen werden; nur darf die Sache nicht wieder auf die lange Bank geschoben werden. Ob ich die Zustimmung der Kollegen finde, weiß ich nicht; denn jede neue Sache hat Mängel. Aber wünschenswert wäre es, wenn sich noch recht viele Kollegen an der Debatte beteiligten und Wünsche und Vorschläge einbrächten. Steinig, Pirna.

Gewerkschaftliches.

Die Rechtsberatungsstellen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes weisen seit der Beendigung des Krieges, mit dem Erstarken der freien Gewerkschaften, eine recht erfreuliche Entwicklung auf. Konnte schon für das Jahr 1919 eine beachtenswerte Vermehrung ihrer Zahl und eine starke Zunahme des Umfangs ihrer Tätigkeit festgestellt werden, so kann durch die Statistik für das Jahr 1920, die in einer Beilage zur Nr. 39 vom „Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ veröffentlicht wird, eine weitere, und zwar recht erhebliche Vermehrung der Rechtsberatungsstellen festgestellt werden. Es sind an der Statistik dieses Jahres 143 Arbeitersekretariate beteiligt, 23 mehr als im Vorjahre. Die Gesamtzahl ist von 135 im Jahre 1919 auf 150 im Jahre 1920 gestiegen; 7 Sekretariate sandten keinen Berichtsbogen ein. Die nach 1918 eingetretene Vermehrung der Mitglieder an allen Orten hat die Ortsausschüsse finanziell leistungsfähiger gemacht und bewirkt, daß die während der Kriegszeit den Sekretariaten aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln gewährten Zuschüsse zum größten Teil wegfallen konnten. Auch die Zahl der Sekretariate, die Zuschüsse von Parteioptionen oder Arbeiterunternehmungen erhalten, ist gegen die Vorjahre stark zurückgegangen. Dagegen vermehren sich die Fälle, in denen Arbeitersekretariate Zuschüsse aus Staats- und Gemeindefonds erhalten. 1918 belamen solche Zuschüsse 11, im Vorjahre 28 und 1920 86 Sekretariate. Wie auf allen Finanzgebieten die Selbstwertung den Kennwert der Summen gigantisch gesteigert hat, so haben sich auch die Einnahme- und Ausgabenposten der Sekretariate erheblich vergrößert. Einer Gesamteinnahme von 4 120 512 M. steht eine Ausgabe von 8 968 158 M. gegenüber. Von den Einnahmen kamen 8 181 786 M. aus den Kassen der Ortsausschüsse und 480 747 M. wurden aufgebracht durch direkte Beitragsleistungen für die Sekretariate, 118 514 M. flossen aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Die den Sekretariaten gewährten Zuschüsse von Körperschaften beziffern sich auf 292 616 M. Davon kamen aus Gemeinde- und Staatsmitteln 188 920 M. (1919: 72 600 M.) Die sonstigen Einnahmen betragen 71 820 M. Es wurden 1920 die Sekretariate von 874 192 Personen in Anspruch genommen, von denen der Klasse der Arbeitnehmer 489 827 männliche und 172 905 weibliche, zusammen 642 822 Personen, angehörten. Von den gesamten Auskunftsfindenden waren 78,1 vom Hundert gewerkschaftlich organisiert, gegen 69 vom Hundert im Vorjahre. Auskünfte wurden insgesamt 1920 von den berichtenden Sekretariaten 717 988 erteilt. Im Durchschnitt entfallen auf jedes Sekretariat 5021. Schriftliche Auskünfte wurden 85 200 erteilt. Schriftsätze wurden 186 775 angefertigt, 1886 mehr als 1918. Von 192 Ortsausschüssen wurde über die Tätigkeit von Rechtsauskunftsstellen berichtet. Als Rechtsauskunftsstellen werden die Rechtsberatungsstellen der örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen bezeichnet, die von dazu beauftragten Personen im Nebenamt geleitet werden, im Gegensatz zu den Arbeitersekretariaten, in denen vollbesoldete Angestellte tätig sind. Die Zahl der Auskunftsfindenden betrug im ganzen 61 108 und die der Auskünfte 64 472. Im Durchschnitt entfielen auf jede Stelle 818 Auskunftsfindende und 386 Auskünfte. Nach einer zwischen dem Statistischen Reichsamt und dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes getroffenen Vereinbarung werden nunmehr die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen sich der Berichterstattung zur amtlichen Statistik über „Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volksschichten“ anschließen und mit der jüngsten Veröffentlichung wird die Herausgabe der eigenen Sekretariatsstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufhören. Diese Statistik wurde erstmalig für das Jahr 1901 aufgenommen. Die Statistik für das Jahr 1920 bildet somit den Schlußstein einer zwanzigjährigen Berichterstattung über die Tätigkeit der Rechtsberatungsstellen der freien Gewerkschaften. Mit Benützung können wir auf die große Summe segensreicher Arbeit, die von unsern Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen während zweier Jahrzehnte für die Wohlfahrt des werktätigen Volkes geleistet haben, zurückblicken. Diese Leistungen rechtfertigen das Vertrauen zu ihnen, daß sie auch fernerhin bestrebt sein werden, in rastloser Tätigkeit unermüdet das Wohl der Arbeitnehmer auf sozialpolitischem Gebiete wahrzunehmen und an den Ausbau der sozialen Versicherungsgesetzgebung und der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes nach besten Kräften mitzuwirken.

erhalten. 1918 belamen solche Zuschüsse 11, im Vorjahre 28 und 1920 86 Sekretariate.

Wie auf allen Finanzgebieten die Selbstwertung den Kennwert der Summen gigantisch gesteigert hat, so haben sich auch die Einnahme- und Ausgabenposten der Sekretariate erheblich vergrößert.

Einer Gesamteinnahme von 4 120 512 M. steht eine Ausgabe von 8 968 158 M. gegenüber. Von den Einnahmen kamen 8 181 786 M. aus den Kassen der Ortsausschüsse und 480 747 M. wurden aufgebracht durch direkte Beitragsleistungen für die Sekretariate, 118 514 M. flossen aus den Kassen der beteiligten Organisationen. Die den Sekretariaten gewährten Zuschüsse von Körperschaften beziffern sich auf 292 616 M. Davon kamen aus Gemeinde- und Staatsmitteln 188 920 M. (1919: 72 600 M.) Die sonstigen Einnahmen betragen 71 820 M.

Es wurden 1920 die Sekretariate von 874 192 Personen in Anspruch genommen, von denen der Klasse der Arbeitnehmer 489 827 männliche und 172 905 weibliche, zusammen 642 822 Personen, angehörten. Von den gesamten Auskunftsfindenden waren 78,1 vom Hundert gewerkschaftlich organisiert, gegen 69 vom Hundert im Vorjahre. Auskünfte wurden insgesamt 1920 von den berichtenden Sekretariaten 717 988 erteilt. Im Durchschnitt entfallen auf jedes Sekretariat 5021. Schriftliche Auskünfte wurden 85 200 erteilt. Schriftsätze wurden 186 775 angefertigt, 1886 mehr als 1918. Von 192 Ortsausschüssen wurde über die Tätigkeit von Rechtsauskunftsstellen berichtet. Als Rechtsauskunftsstellen werden die Rechtsberatungsstellen der örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen bezeichnet, die von dazu beauftragten Personen im Nebenamt geleitet werden, im Gegensatz zu den Arbeitersekretariaten, in denen vollbesoldete Angestellte tätig sind. Die Zahl der Auskunftsfindenden betrug im ganzen 61 108 und die der Auskünfte 64 472. Im Durchschnitt entfielen auf jede Stelle 818 Auskunftsfindende und 386 Auskünfte.

Nach einer zwischen dem Statistischen Reichsamt und dem Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes getroffenen Vereinbarung werden nunmehr die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftsstellen sich der Berichterstattung zur amtlichen Statistik über „Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volksschichten“ anschließen und mit der jüngsten Veröffentlichung wird die Herausgabe der eigenen Sekretariatsstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes aufhören. Diese Statistik wurde erstmalig für das Jahr 1901 aufgenommen. Die Statistik für das Jahr 1920 bildet somit den Schlußstein einer zwanzigjährigen Berichterstattung über die Tätigkeit der Rechtsberatungsstellen der freien Gewerkschaften. Mit Benützung können wir auf die große Summe segensreicher Arbeit, die von unsern Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftsstellen während zweier Jahrzehnte für die Wohlfahrt des werktätigen Volkes geleistet haben, zurückblicken. Diese Leistungen rechtfertigen das Vertrauen zu ihnen, daß sie auch fernerhin bestrebt sein werden, in rastloser Tätigkeit unermüdet das Wohl der Arbeitnehmer auf sozialpolitischem Gebiete wahrzunehmen und an den Ausbau der sozialen Versicherungsgesetzgebung und der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes nach besten Kräften mitzuwirken.

Arbeitsruhe am 9. November in Sachsen. Eine Konferenz der sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 30. Oktober in Leipzig beschloß, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern. In dem an die Arbeiter und Arbeiterinnen gerichteten Aufruf heißt es: Der 9. November ist der Tag des Sturzes eines Systems planmäßiger und rücksichtsloser Unterdrückung. Er ist deshalb der Ausgangspunkt einer freizeithlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Noch sind viele berechtigte Forderungen unerfüllt. Die Feinde der Republik, die Feinde des Fortschritts sind zahlreich und stark. Gewaltig sind ihre Anstrengungen, die emporstrebenden Kräfte niederzuschlagen. Der politische Werd ist zu ihrem Kampfmittel geworden. Anstatt Ausbau und Fortschritt der sozialen Einrichtungen und Gesetze verknäuelter Veruche, die schaffenden Stände unseres Volkes in das alte Joch zurückzuzwingen.

Der Achttundentag, diese alte Kulturforderung der Arbeiterschaft, dies Wahrzeichen eines sozialen Staates, soll im Interesse der Arbeiter zerbrochen werden. Gegen diese Bestrebungen gilt es, am 9. November, dem Gedenktage der Revolution, die Stimme zu erheben. Der 9. November ist der Tag des Fortschritts und soll es bleiben. Die würdigste Form seiner Feier ist die Arbeitsruhe. Wir fordern die sächsischen Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hiermit auf, für strikte Durchführung des Beschlusses der Konferenz in Leipzig zu wirken. Für Erhaltung der demokratischen Republik, für Verteidigung und Erweiterung der bisher errungenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte, gegen die Reaktion, für Fortschritt und Freiheit demonstriert am 9. November durch Arbeitsruhe.

Aus der Betriebsrätepraxis.

Bildet die gesetzliche Vorstrafe einen Grund zur vorzeitigen Entlassung eines Arbeiters? Ein Arbeiter war bereits längere Zeit in einer Stellung tätig, als sein Arbeitgeber davon Kenntnis erhielt, daß jener bereits bestraft sei. Infolgedessen entließ der Arbeitgeber ihn. Der Arbeiter erhob Einspruch dagegen, und der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin hat dahin entschieden, daß der Arbeitgeber verpflichtet sei, den Arbeiter weiterzubeschäftigen oder ihm eine bestimmte Entschädigung zu zahlen. Die Entlassung, so heißt es in den Gründen, stellt sich gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes als unbillige Härte dar. Der Beschwerdeführer ist bei der Einstellung nicht nach etwaigen Vorstrafen gefragt worden, er war daher auch nicht verpflichtet, die erlittene Strafe bekanntzugeben. Die Vorstrafe, um die es sich hier handelt, liegt bereits jahrelang zurück. Da der Arbeiter keine besondere Vertrauensstellung bekleidet und für seinen Posten das Fehlen von Vorstrafen nicht als Vorbedingung anzusehen ist, so stellt die erlittene Strafe keinen gesetzlichen Entlassungsgrund dar. (Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, 22. 7. 21.)

Sozialpolitisches.

Stand des Arbeitsmarktes am 1. Oktober. Auch der Monat September hat einen Rückgang in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen Vollerwerbslosen von 177 000 auf 146 000, die der weiblichen von 56 000 auf 43 000, die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 233 000 auf 189 000 gefallen. Die Zahl der Zusatzempfänger, das heißt der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser, ist von 255 000 auf 211 000 zurückgegangen. Wie bisher erfaßt die Statistik nicht diejenigen Erwerbslosen, die aus wirtschaftlichen oder andern Gründen Unterstützung nicht beziehen, auch nicht die Kurzarbeiter, das heißt diejenigen, die nur für einen Teil der üblichen Arbeitszeit Beschäftigung und daher auch nur einen Teil des üblichen Arbeitseinkommens erhalten. Immerhin ist der Rückgang der Erwerbslosigkeit beträchtlich. Das Wetter begünstigte die Tätigkeit in der Landwirtschaft und im Baugewerbe sowie die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Noch stärker allerdings wurde die Lage des Arbeitsmarktes durch den unerhörten Niedergang der Marktwährung beeinflusst, der wieder die bekannten Folgeerscheinungen: Anstiege der einheimischen Bevölkerung und starke Verlebung des Auslandsgebiets zeitigte. Diese Entwicklung muß als durchaus ungesund bezeichnet werden. Erfahrungsgemäß erlahmt die Kaufkraft im Innern bei sinkender Valuta sehr bald, während im Ausland die Gefahr einer Überfälligkeit des Marktes mit deutschen Waren in die Nähe rückt. Erhebliche Gefahren drohen der künftigen Beschäftigung unserer Industrie, auch im Hinblick auf die Verteuerung der ausländischen Rohstoffe infolge des Rückganges der Marktwährung. Es ist daher leider zu befürchten, daß die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes schon in Wäde wieder eine ausgesprochen ungünstige werden wird, zumal da die Verwertung Oberschlesiens und der damit verbundene Verlust wichtiger Hilfsquellen geeignet ist, die deutsche Wirtschaft aufs schwerste zu beeinträchtigen.

Erfolgreiche Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.

Der Vorstand des ADGB hat das preussische Landespolizeiamt auf verschiedene Fälle von offenbarem Lebensmittelwucher hingewiesen. Das hat Erfolg gehabt. Es gelang in verschiedenen Fällen den Wucherern und Schiebern das Geschäft zu verderben. In mehreren Stellen hat die Landespolizei die schon zu Wucherpreisen verkauften Kartoffeln beschlagnahmt. Auch eine belgische Firma hatte unter Mißbrauch des Namens einer deutschen Firma verkauft, 800 t Kartoffeln nach Belgien zu verschleusen. Sie konnten für die deutschen Konsumenten gerettet werden. Es ist zu empfehlen, daß überall, wo Wucherpreise gefordert werden, Anzeige an die örtlichen Polizeibehörden erfolgt, die zum Einschreiten und zur strafrechtlichen Verfolgung verpflichtet sind.

Die zum Schutze des Achttundentages gegen das Ueberstundenwesen in der Industrie gerichtete Verordnung des sächsischen Arbeitsministeriums an die Gewerbeaufsichtsbeamten hatte das gesamte Unternehmertum auf die Beine gebracht. In Proleten-Schimpf man darauf los und das Ministerium wurde mit unzähligen Eingaben in vielfach unangemessenem Maße belästigt. Unternehmer, die sich doch nicht zur Regelung der Ueberarbeit unter dem Gesichtswinkel des Arbeiterschutzes bereitwillig hätten, verlangten Gleichberechtigung beim Gehaltwerden und donnern mächtig gegen die einseitige Bevorzugung der Gewerkschaften. Sie verlangen sogar Zurücknahme der Verfügung und drohen, jede Mitarbeit auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge abzulehnen und es peinlich zu vermeiden, Behörden usw. in dieser Beziehung Unterstützung zuzusagen und positiv an dem Problem der Minderung der Arbeitslosigkeit mitzuarbeiten. Minister Jädel nahm in einer Kundgebung öffentlich dazu Stellung, in der es auszugswiese heißt: „Die Verfügung ist eine im Interesse der Arbeiterschaft und der Industrie getroffene Maßnahme. Sie wurde notwendig infolge einer struppelosen, das Ansehen der sächsischen Industrie und das Wohlergehen ihrer Arbeiterschaft schwer schädigenden Ausnutzung der Valutakonjunktur durch das Unternehmertum. Gesetz und Recht existieren für ganze Schichten von Unternehmern nicht mehr. Bei Tag und Nacht wurde ohne Erlaubnis gearbeitet und die lächerlich geringen Strafen machten keinen Eindruck. Wie die Gesetze, so ignoriert man auch die mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossenen Tarifverträge. Sachsen hat verhältnismäßig die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen, und deshalb müssen besondere Maßnahmen getroffen werden. Wo Arbeitskräfte fehlen, lassen sich sehr gut Arbeitslose aus andern Berufen anlernen. Im übrigen berührt es selten, wie diejenigen, die jahrzehntelang und auch noch im Kriege die Arbeiter systematisch von den Zusammenkünften in den Ministerien ausschalteten, sich heute aufregen, wenn sie nicht bei jeder Gelegenheit ihre gemichtige Stimme in die Wagschale werfen können. Diejenigen Leute haben das Recht auf Gleichberechtigung vermisst. Die angebliche Bevorzugung der Gewerkschaften soll für die Zukunft von Rechts wegen gesehlich fixiert werden.“

Genossenschaftliches.

Wohlfürsorge. Die grauenvolle Katastrophe in Oppau lenkt das soziale Mitgefühl der ganzen Welt auf die trostlose Lage der Hinterbliebenen, der auf dem Schlachtfelde der Arbeit Gebliebenen. Reiche Hilfe wird ihnen zugesandt, enorme Summen bringt das Mitleid auf, größere Summen wird sie denen ausfahren, deren Männer oder Väter in weiser Fürsorge für das Wohl ihrer Familie rechtzeitig Versicherungen eingegangen, wofür die entsprechenden Versicherungssummen jetzt voll zur Auszahlung kommen, da es sich in all diesen Fällen um einen Tod durch Unfall handelt. Man denke aber auch an die nach vielen Laufenden zählenden Unfälle des täglichen Lebens, von denen die Allgemeinheit nichts erfährt, deren materielle Linderung einzig und allein in die Hände der rechtzeitig vorjorgenden Opfer selbst gelegt ist. Jeder deutsche Arbeiter, der täglich mit derartigen Gefahren

